



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 88 6 890

P/XV/116 - 20. Mai 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Aufrüsten oder Abrüsten?</u> Von Franz Barsig	66
3 - 4	<u>Die Quittung für "Karel Doorman"</u> Indonesien behindert niederländische Arbeitnehmer	71
5	<u>Die Einheit der Nation wahren</u> Wir stehen als Volk vor der größten Zerreißprobe	46
6 - 7	<u>Die Enttäuschung des Dr. Hjalmar Schacht</u> Ablehnung des Reichsbankliquidationsgesetzes	76

* * *
* * *

Aufrüsten oder Abrüsten?

Von Franz Barsig

Die Sozialdemokratische Partei hat in den letzten Jahren wenig Veranlassung gehabt, der Bundesregierung für ihre Maßnahmen oder Erklärungen zu danken. Wenn allerdings dafür eine Veranlassung vorliegt, dann sollte man sich nicht scheuen, es auch auszusprechen. Es ist nach der Pariser Konferenz als erfreulich zu bezeichnen, daß die Bundesregierung geschwiegen hat, daß sie abwartet, bis die Dinge sich klären und daß sie offenbar selbst die Scharfmacher in ihren Reihen und in der CDU/CSU-Fraktion davon abgehalten hat, nach Paris nur mit "nun aber feste druff" zu reagieren.

Hätte die Bundesregierung sich anders verhalten, nun, so wäre sie schon einen Tag nach dem Scheitern der Pariser Konferenz in die Isolation geraten, denn der Westen hat sich nicht in einen hektischen Saurel hineintrreiben lassen. Der NATO-Rat hat beschlossen, die Genfer Konferenzen weiterzuführen, d.h., man wird sich sowohl um einen atomaren Versuchsstop bemühen, als auch Anfang Juni in der 10-Wächte-Abrüstungskonferenz weiter am Verhandlungstisch bleiben. In diese Linie paßt auch das, was der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, auf seiner Pressekonferenz gesagt hat und der dazu riet, die Atmosphäre nicht noch weiter zu erhitzen.

Selbst Nikita Chruschtschow hat in Ostberlin mildere Töne angeschlagen, wenn gleich man aber immer noch damit rechnen muß, daß er in seiner heutigen Messenkundgebung in der Werner-Solchenbinder-Halle wieder als radikaler Volkstribun auftritt. Als Scharfmacher sind eigentlich nur die Chinesen aufgetreten, und gerade deshalb war es gut, daß wir in der westlichen Welt nicht der "chinesischen Part" gespielt haben.

Alle Vorgänge des letzten Tages zeigen deutlich, daß trotz des Pariser Fehlschlages und trotz der begrifflichen Verärgerung über die brüskierende Haltung Chruschtschow, der die Konferenz zum Scheitern brachte, die kühle Vernunft die Oberhand behält. Wie kann es auch anders sein, wenn beide Seiten wissen, daß sie sich auch weiterhin gegenseitig vernichten können. Sachverständige haben berechnet, daß die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer A- und H-Waffenvorräte dazu

viersignal in der Lage waren, die Sowjetunion "nur" fünfunddreißigmal, wobei sie dieses kleine Monko dadurch ausgleicht, daß sie zur Zeit auf dem Gebiet der Träger dieser Waffen eine gewisse Überlegenheit hat. Diese Tatsachen werden Ost und West vielleicht nach einer Periode des Prohlens mit der Macht wieder an den Abrüstungstisch zwingen. Deshalb bleibt es auch nach wie vor eine deutsche Aufgabe, sich um die Abrüstung zu bemühen.

Gerade deshalb sollten wir uns aber davor hüten, das Abrüstungsthema kontrovers zu behandeln. Die Sozialdemokratie setzt sich vor wie nach für die Abrüstung ein, nicht weil sie die Verteidigungskraft des Westens oder die Sicherheit der Bundesrepublik schwächen will, sondern weil sie das genaue Gegenteil verfolgt, nämlich die Position der Bundesrepublik auf diesem Gebiet zu verbessern. Stellen wir uns nur einmal den extremen Fall vor, die Spannungen würden sich nach Paris bis zu hohen Hitzegraden verschärfen. Würden wir nicht besser da, wenn sich die sowjetischen Gruppen 2 000 km von der Elbelinie östlich befänden? Wäre es für die Sicherheit der Bundesrepublik nicht wirklich besser, wenn internationale Kontrollgruppen die Möglichkeit hätten, gerade jetzt zu beobachten, was auf den Flugplätzen in Sachsen, den Manövergeländen in Ostpolen, den Gebirgen der Tschechoslowakei und den Weiten Ungarns vor sich geht? Die Möglichkeit eines Überraschungsangriffes wäre viel weniger gegeben, als es jetzt der Fall ist.

Wenn sich der Staub gelegt hat, so formulierte man es in Paris, werde man sicher wieder zu vernünftigen Gesprächen kommen. Das Thema, das man dann behandeln wird, wird ohne Frage die Abrüstung sein, und ob man will oder nicht, wird man dabei auch wieder partielle Lösungen erörtern. Es ist gut, daß man wenigstens bisher hierfür nichts verbaut hat. Niemand verlangt, daß der Westen bis zu den neuen Gesprächen seine Verteidigungskraft schwächt. Aber Jedermann sollte auch wissen, daß trotz Paris die bisherige Aufrüstungspolitik auf beiden Seiten zum Chaos führen kann. Dieses Erkenntnis scheint sich nach der ersten Reaktion aus Ost und West weiter zu behaupten. Wir haben keine Veranlassung, von uns aus die Welt zu einer anderen Haltung zu bringen.

+ + +

Die Quittung für "Karel Doorman"

D.Str. - Zur Zeit ist ein niederländischer Flottenverband mit dem Flaggschiff der Königlichen Marine, dem Flugzeugträger "Karel Doorman", auf der Reise in die Gewässer um Neu-Guinea. Dort weht im westlichen Teil dieser Insel noch die orange-weiss-blaue Flagge der Niederlande. West-Neuguinea ist die letzte Kolonie Hollands im Fernen Osten. Seit 1949 streiten sich Indonesien und sein ehemaliges holländisches Mutterland um diesen Restbestand niederländischen Kolonialismus in Südostasien. Zwar werden in Djakarta und Den Haag drohende Ansprachen gehalten, in denen von Krieg und Waffenlärm die Rede ist, jedoch ist die Armee Indonesiens viel zu schwach und mit innerpolitischen Problemen zu beschäftigt, und die Niederländer haben wenig Interesse daran, ihre Jungen im Dachungelkrieg sterben zu sehen. Also gräbt man das Kriegsbeil auf dem Gebiete der Wirtschaft aus.

Die erste, noch gütliche Massnahme der indonesischen Regierung war eine teilweise Nationalisierung der ausländischen - also nicht nur der niederländischen - Unternehmungen in Indonesien. Die europäischen Spezialisten wollte man nicht entbehren, jedoch musste der indonesische Teilhaber der Unternehmung die Mehrheit der Anteile besitzen. Diese Neuordnung des geschäftlichen Lebens ging verhältnismässig leicht vonstatten. Im Laufe der Jahre - besonders aber nach den immer wieder gescheiterten Verhandlungen mit den Niederlanden über die Einbeziehung West-Neuguineas in den Staatsverband Indonesiens - beschränkte sich der Wirtschaftskrieg auf diese beiden Nationen. Um die Jahreswende 1957/58 ging eine antiniederländische Welle durch das Land. Die holländischen Pflanzungen wurden Staatseigentum, die großen niederländischen Reedereien und Handelsgeschäfte kamen unter die Breuherrschaft Indonesiens. Methode und Rechtsweg dieser Aktion überschritten sehr oft die Grenze des Erlaubten, und die indonesische Regierung hatte grosse Mühe, die auf Moskauer Befehl handelnden kommunistischen Gewerkschafter des Landes in Schack zu halten. Das Ansehen des jungen Staates in der internationalen Wirtschaft stand auf

dem Spiel. Einige Monate später holte Djakarta zu einem neuen wirtschaftlichen Schlag gegen Holland aus. Die Tabakernten aus Insulindes wurden fortan nicht mehr in Rotterdam versteigert, sondern in Bremen. In Antwerpen wurden andere Waren Indonesiens gelöscht und verkauft. Alle rechtlichen Schritte der niederländischen Kaufleute waren vergebens.

Aber immer noch ließ man sich in Haag nicht bewegen, über West-Neuguinea zu verhandeln. Man kam - gemessen am englischen Verhalten in Indien - nicht urhin, die starre Politik der Niederlande als Fehlerhaft zu bezeichnen. Das Land der Griechen hat zu lange gewartet, um die Neu-Guineafrage für beide Partner annehmbar zu lösen. An der Stelle vernünftiger politischer Überlegungen ist das Prestige getreten. Zwar haben die Niederlande Massnahmen ergriffen, um ihrer letzten Fernost-Kolonie im Laufe der Zeit eine gewisse Souveränität zu verleihen, aber mit einem souveränen West-Neuguinea ist Indonesien nicht einverstanden.

Nun hat vor einigen Wochen die konservative niederländische Regierung de Quay unter dem Widerspruch der sozialistischen Opposition einen Flottenverband nach Neu-Guinea geschickt, der etwa sechs Monate in den Gewässern Insulindes kreuzen und, wie es heisst, "die Flagge zeigen soll". Ausserdem sollen die Streitkräfte auf West-Neuguinea durch Düsenmaschinen und zusätzliche Truppenteile verstärkt werden.

Abgesehen von dem politischen Theaterstück, den diese Massnahme auf beiden Seiten ausgelöst hat, hat Indonesien prompt zu weiteren wirtschaftlichen Repressalien gegriffen. Es gibt in Indonesien beachtliche Erdölvorkommen, die durch die britischen Shell und durch die amerikanischen Stanvac und Caltexgesellschaften ausgebeutet werden. Diese großen ausländischen, wovügemerkt nicht niederländischen Unternehmen, beschäftigen noch eine Anzahl Niederländer in leitenden Positionen. Die Shell allein 175 Angestellte. Die indonesische Regierung hat jetzt diesen Firmen zu verstehen gegeben, die niederländischen Angestellten durch indonesische Kräfte zu ersetzen. Dieser Verlust der Existenz im fernen Indonesien bedeutet automatisch die Rückkehr nach Holland.

Wenn nicht alles täuscht, wird die "Karel Doorman" auf ihrer Rückfahrt nach Europa nicht nur von den Zerstörern ihres Flottenverbandes begleitet sein, sondern auch von einem Auswandererschiff. An Bord: die stellunglosen holländischen Arbeitnehmer der Ölgesellschaften.

Die Einheit der Nation wahren

sp - Die mißglückte Pariser Gipfelkonferenz hat politisch und psychologisch einen Scherbenhaufen hinterlassen. Niemand vermag die Größe und Tiefe des eingetretenen Vertrauensschwunds zu übersehen. Die Völker sind in neue Ängste und Unsicherheit gestürzt worden.

Das deutsche Volk beschreitet in den nächsten Wochen und Monaten wohl die bedrohlichste Gefahrenzone in seiner wechselreichen Geschichte. An seine Fähigkeit, die innere Einheit als Nation zu bewahren, dürften wohl die größten Anforderungen gestellt werden. Die tragenden politischen Kräfte in unserer Volksseele sehen sich vor einen neuen Anfang gestellt; altgewohnte Vorstellungen müssen über Bord und neue Erkenntnisse, aber auch Verhaltensweisen zueinander, erworben und gepflegt werden. Jetzt muß es sich erweisen, ob die moralischen Energien in unserer Volksseele stark genug sind, um den kommenden Anstürmen begegnen zu können. Wenn Außenpolitik mehr sein soll als ein innenpolitisches Schlaginstrument, benötigen wir alle das Vertrauen in die Integrität der sich unserem Volk in seiner Gesamtheit verbundenen und verpflichteten Kräfte.

Die deutsche Wiedervereinigung, - Kernstück und Grundvoraussetzung eines künftigen Friedens, der mehr sein soll als nur ein Waffenstillstand - ist in weite Ferne gerückt. Der Weg ist steiniger und steiler geworden. Das Ulbricht-Regime, ermuntert durch die Pariser Tragödie, macht gewaltige Anstrengungen, das Bewußtsein von der Einheit der Nation zu zerstören, da es die Gesamtheit der Nation nicht gewinnen kann und wohl nie gewinnen wird. Es könnte wohl sein, daß uns ein modus vivendi mit dem Gebilde aufgenötigt wird, das sich "DDR" nennt -, ob wir uns aber damit innerlich abfinden und damit die Spaltung als Dauerzustand akzeptieren, hängt nur von unserem Verhalten, von unserem Willen zur Selbstbehauptung ab. Das hat mit Nationalismus nichts zu tun, schon gar nicht mit Revanchismus. Das ist der Ausdruck eines natürlichen Empfindens, wieder zusammenzufügen, was zusammen gehört.

Aber hüten wir uns vor der Selbstzerfleischung. Die Welt wird uns danach messen, ob wir in der Lage sind, zu verhindern, daß zur äußeren Spannung eine innere, die Nation zerstörende Spaltung hinzukommt. Würde diese Tragödie eintreten, würden wir den Glauben und das Vertrauen zur demokratischen und nationalen Integrität der in unserer Volksseele wirkenden gesellschaftspolitischen Faktoren verlieren, dann wären wir allerdings verloren, und wir würden eine über uns hinweggehende Entwicklung heraufbeschwören. Vor dem Hintergrund des Pariser Fehlschlages stehen wir als Volk und junge deutsche Demokratie vor der Bewährung. Das betrifft auch die Art, in der wir die unvermeidlichen und notwendigen politischen Auseinandersetzungen, die zum Lebenselement der Demokratie gehören, führen werden. Die dunklen Wolken, die aufziehen, sollten bei allen die Erinnerung an das Schicksal der Weimarer Republik wachhalten.

Die Enttäuschung des Dr. Hjalmar Schacht

rd - Nicht nur der Kriegsfinanzier Adolf Hitlers, ehemals Reichsbankpräsident und zugleich Wirtschaftsminister im Dritten Reich, heute Vertreter der Interessen der Inhaber von Reichsbankanteilscheinen, sondern mit ihm auch andere Bankiers, haben am 19. Mai einen enttäuschenden Tag erlebt. Der Bundestag hat mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Vertriebenenvertreter und etlicher Arbeitnehmervertreter aus den Reihen der CDU/CSU einen Gesetzentwurf der Regierung abgelehnt - das Reichsbankliquidationsgesetz - das den Inhabern von Anteilscheinen der von den Alliierten stillgelegten Reichsbank eine hundertprozentige "Entschädigung ihrer Verluste" gewähren sollte. Es ging um 85 Millionen DM.

Dieses Ergebnis der Abstimmung kam überraschend und war daher eine wirkliche Sensation. Der Bundestag hatte nämlich zuvor in der Einzelabstimmung über die Gesetzesbestimmungen - in zweiter Lesung - alle Änderungsanträge der SPD, die eine Besserstellung dieser Aktionäre gegenüber allen durch die Finanzierungspolitik dieser Reichsbank Geschädigten - der Währungsgeschädigten, Vertriebenen usw. - verhindern sollten, mit Mehrheit abgelehnt. Keines der Argumente der SPD - daß die Reichsbank nur Schulden hinterlassen habe und somit die Steuerzahler die Entschädigung aufzubringen hätten, daß der Gleichheitsgrundsatz der Verfassung verletzt werde, wenn die Aktionäre, die nach dem Aktienrecht als Letzte aus der Restmasse eines liquidierten Unternehmens zu entschädigen sind, besser gestellt werden als die Gläubiger der Bank, die Sparer, die fast alles verloren haben. Keines dieser Argumente schlug bei den Sachwertverteidigern und Einpeitschern der Regierungsfraktion durch.

Nach der teils beschwörend, teils erregt geführten Diskussion, in der Abgeordneter Dr. Seuffert (SPD) auf die Druckmethoden gewisser Finanzkreise hinwies, die die vorjährige Bundesanleihe möglicherweise sabotierten und gedroht haben, auch kommende Bundesanleihen sabotieren zu wollen, wenn der Bund nicht ihren Wünschen gemäß "entschädige", gab der Abgeordnete Dr. Seume (SPD) im Namen seiner Fraktion eine scharfe Erklärung zur Schlußabstimmung ab, aus der wir die wichtigsten Punkte widergeben:

"Der vorliegende Gesetzentwurf über "Die Liquidation der Deutschen Reichsbank und der Deutschen Golddiskontbank" hat keine auf normalrechtlicher Basis stattfindende Vermögensauseinandersetzung mit der "Institution" der ehemaligen Reichsbank zum Ziel, sondern eine gewillkürte hundertprozentige Abfindung der ehemaligen Reichsbankanteils-eigner.

Die Bundesregierung ... macht zu diesem Zweck aus der toten und funktionsunfähigen Reichsbank ein lebendes Institut;

sie läßt die tote und funktionslose Institution "Reichsbank, die 7,8 Milliarden DM Schulden hat, noch neunehalb Jahre lang buchmäßige Gewinne zu fünf Prozent aufstocken; ...

sie berechnet einseitig zugunsten der Anteilseigner ein gewillkürtes Eigenkapital; ...

sie vergleicht die hundertprozentige Abfindung der Anteilseigner der toten Reichsbank mit Vorgängen an einigen lebenden und ihre Funktion ausübenden ausländischen Währungsbanken, in voller Kenntnis der Tatsache, daß nicht eines der Merkmale dieses willkürlichen Vergleichs zutreffend ist. ...

Meine Fraktion war und ist bereit, die Anteilseigner wie die Inhaber von festverzinslichen Wertpapieren nach den Vorschriften des Kriegsfolgenschlußgesetzes zu behandeln und hierbei diejenigen Anteilseigner, die über den 8. Mai 1945 hinaus ununterbrochen im Besitz ihrer Reichsbankanteile geblieben sind, vorzugsweise als Altsparer zu behandeln, bei angemessener Verzinsung der Entschädigungsbeträge.

Meine Fraktion hält es aber für untragbar, den Anteilseignern der ehemaligen Reichsbank für ihre Papiere ohne Rechtsgrund und ohne zwingende politische Notwendigkeit unter Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes ein vielfaches von dem zuzubilligen, was Wertpapier- und Kontensparern zugestanden werden sollte.

Wir lehnen aus diesen Gründen den Gesetzentwurf ab."

In der Abstimmung zur dritten Lesung des Gesetzes ergab sich dann die erwähnte Sensation. Das Gesetz fiel durch. Ein Sieg der Vernunft? Leider nein! Sitzfleisch und Geduld der CDU/CSU-Fraktion waren weniger willig als ihre Absicht, zu entschädigen. Sie waren nicht alle im Saal. Nur das hat uns ein neues gesetzliches Unrecht erspart. Doch für wie lange?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel